

# Rad ab – Steuerzahler finanzieren Anschläge auf Polizeifahrzeuge!



Von WINSTON C. | In den vergangenen Tagen haben Unbekannte im Vorfeld des G20 Gipfels in Hamburg offenbar gezielt mehrere Privatfahrzeuge von Polizisten manipuliert, es wurden Radmuttern gelöst, Nägel in die PneuS getrieben und Reifen zerstoehen – die Polizei ermittelt in „alle Richtungen“.

Die Tatorte waren laut Medienbericht Nebenstraßen von Polizeikommissariaten und dem Polizeipräsidium. Demnach haben die „unbekannten Täter“ den Polizisten aufgelauert und warteten, bis diese aus ihren Autos ausstiegen und zu ihren Dienststellen gingen.

Die Sorge bei der Polizei ist groß: Per Rundschreiben wurden Hamburgs Polizisten aufgefordert, ihre Privatautos auf mögliche Manipulationen zu untersuchen. Wer hinter den Attacken steckt, ist unklar, konkrete Spuren gibt es „offenbar nicht“. Ein Polizeisprecher betont, dass ein Zusammenhang mit G20 „nicht ausgeschlossen“ werden kann. Dennoch scheint die Polizei die Täter im Milieu der linksextremen Gipfelgegner zu vermuten: Der Kampfname „Attac“ einer „Trump- und Globalisierungskritischen Organisation“ ist rein zufällig und hat mit nichts zu tun.

## **Die linksgrünen Lebensgefahr-Gefährten**

Es wurden zudem mehrere Verdächtige beobachtet, die sich die

Kennzeichen von Privatautos notiert haben, die das Gelände von Dienststellen verlassen haben. Vom 21. bis 24. Juni gab es vier Taten an den Wachen. In zwei Fällen wurden an Privatautos von Polizisten Radmuttern gelöst. In zwei weiteren Fällen wurden Reifen beschädigt.

Joachim Lenders (55, CDU), Hamburg-Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft: „Wer die Radmuttern an einem Auto löst, nimmt in Kauf, dass Menschen sterben.“ Bereits am Sonntag hatte es in Schleswig-Holstein einen Angriff auf Autos der Bundespolizei gegeben. Zwei Einsatzfahrzeuge wurden in Flensburg von Unbekannten vorsätzlich in Brand gesetzt. Wer steckt tatsächlich hinter den Anschlägen im G20 Vorfeld? Wo sitzen die Finanziers?

Bedauerlicherweise ist es nur einer kleinen – insbesondere durch PI-News – gut informierten Anzahl von Bundesbürgern bekannt, dass eine Phalanx von Altparteien sich die Steuertöpfe zunutze macht, um einen Sumpf zu finanzieren. Um gewaltbereit gegen Polizeieinsatzkräfte, Polizisten als Privatpersonen und für Deutschland engagierte Politiker vorzugehen und diese an Leib und Leben zu gefährden. Nicht zu erwähnen die in die 100erte Millionen gehenden Sachbeschädigungen und Schmierereien an öffentlichen und privaten Einrichtungen, Wohnungen und Fahrzeugen. Von Morddrohungen gegen AfD-Mitglieder und deren Familien ganz „zu schweigen“ – so wie es die Mainstream-Medien im Wahljahr 2017 (kl)einmütig halten.

### **Rote Flora – die Blumen des Bösen**

In Hamburg wird zum Beispiel die Keimzelle der linksradikalen „Autonomen“, die „Rote Flora“, mit enormen Steuergeldern gespeist. Für knapp eine Million Euro wurde das rechtsfreie Territorium bzw. „Terroritorium“ über die städtische Johann Daniel Lawaetz-Stiftung für die rotgrünen Zöglinge von Scholz und Schulz im „Kampf für Weltoffenheit und gegen Rechts und Rassismus“ käuflich erworben.

Es bleibt dahingestellt, warum die Linksterroristen in der Tradition Baader-Meinhofs und Joschka Fischers immer noch als „Autonome“ bezeichnet werden, schließlich leben sie fast ausschließlich von „Muttis“ Sozialtransfers (Steuergeld ...) und wohnen bei ... ihrer Mutti.

### **2017: 100 Millionen Steuergelder im Kampf gegen Rechts**

Ab 2017 stellen CDU und SPD mehr Geld für die Prävention „rechter Gewalt“ ein. Initiativen und Projekte in den Kommunen sollen 50 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Wie die „Zeit“ berichtet, soll angesichts der „massiven Zunahme rechter Gewalttaten“ künftig doppelt so viel Geld für Rechtsextremismusprävention ausgeben wie bisher. Statt aktuell rund 50 Millionen Euro soll das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ nun 100 Millionen Euro jährlich erhalten.

Die Budgeterhöhung ist demnach Teil der Einigung zwischen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) über die Haushaltseckwerte für 2017.

Das Familienministerium (!! ) unter „Nordsee-Mordsee-Barbie“ Schwesig hatte bereits im Februar nach den fremdenfeindlichen Vorfällen von Clausnitz und Bautzen gefordert, die Mittel für die Rechtsextremismusprävention zu verdoppeln: Das „Programm“ unterstütze unter anderem „zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die sich in den Kommunen gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ einsetzen.

### **CSU und SPD finanzieren Anschläge – Think Local – Act Anti-Global!**

Auch auf lokaler Ebene werden die roten Nattern aus großzügigen Gewerbesteueröpfen gefüttert.

Der berüchtigte Münchner AutONENTREFF »Kafe Marat« wird auch im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2016 erwähnt. Noch

immer wird das »Kafe« durch die Landeshauptstadt München finanziert. Von dort aus wurden Busfahrten zu Protesten zur EZB-Eröffnung organisiert und finanziert, bei denen die Stadt Frankfurt am Ende wie eine Bürgerkriegszone aussieht, ich habe das „Schauspiel“ als erfahrenerer Ex-Kampfkompanie-Grenadier zufällig am eigenen Leib erleben dürfen.

Mittlerweile stimmt auch die CSU des designierten (oder bereits resignierten?) Bundesinnenministers Joachim Herrmann im Münchner Stadtrat eifrig mit, wenn es gilt, die Antifa mit Mitteln des Steuerzahlers auszustatten: Allein 150.000 Euro fließen seit Anfang 2017 in Münchner Antifa-Anstift-Vereine!

In städtischen Gebäuden wird linksradikaler Terror-Tourismus, z.B. zum G8 – G20 Gipfel generalstabsmäßig organisiert, AfD-Blockaden subventioniert und Mittel zur Sabotage von aufrechten Politikern generiert.

Wer gegen die kommunalen Gewaltfinanzierungs-Netzwerke in Bayern „auf-MUC-t“, läuft Gefahr, in Retour schnell selbst zum (Verfassungsschutz-) Opfer zu werden. So steht z.B. der AfD-Bayern-Landesvorsitzende Petr Bystron neben der AfD-Landesliste ganz selbstverständlich auch ganz oben auf der Verfassungsschutz-Liste des ehemaligen „Frei-Staates“ Bayern.

Er musste dieses Jahr bereits 4 Kfz-Manipulationen hinnehmen. Gegen die „unbekannten Täter“ **sowie gegen ihn** wird ermittelt!

Bunte Republik 2017: Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Herrmann und Heiko sicher nicht – im Gegenteil.